

**Kantonsrat**

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 27. Oktober 2025  
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

### **A 450 Anfrage Schumacher Urs Christian und Mit. über die konkreten Ziele und Auswirkungen des Projektes «Schulen für alle» / Bildungs- und Kulturdepartement**

Urs Christian Schumacher ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Urs Christian Schumacher: Trotz des Planungsberichtes B 127 und den Ausführungen des Bildungs- und Kulturdepartementes (BKD) auf der Webseite verstehen viele Lehrpersonen nicht, was es mit diesem Projekt auf sich hat. Die Ausführungen sind sehr allgemein, guttönend, aber wenig konkret. So schreibt das BKD auf seiner Website: «Mit „Schulen für alle“ entwickelt der Kanton Luzern die Volksschule weiter und setzt neue Akzente bei ihrer Ausgestaltung. Die Volksschule soll stark und zukunftsorientiert sein, damit Kinder und Jugendliche zu verantwortungsbewussten und selbstständigen Menschen heranwachsen.» Also sehr allgemein formuliert. Begründet wird das Projekt unter anderem mit den Megatrends des Regierungsrates: Globalisierung, Ökologisierung, Digitalisierung, gesellschaftlicher Wandel und Urbanisierung. Woher eigentlich die Regierung weiss, dass dies die ultimativen Megatrends sind, bleibt offen. Für die Bürger wären Frieden, Freiheit, Energie und Ernährungssicherheit wahrscheinlich prioritärer. Ob die Bevölkerung den digitalen Wandel als Megatrend versteht, bleibt jedenfalls seit der Abstimmung über die E-ID mit einem knapp 50 Prozent Nein-Anteil offen. Weiter wird das Projekt «Schulen für alle» mit der Hypothese begründet, dass Gesellschaft und Wirtschaft mit ökologischen Herausforderungen wie Klimawandel, Verlust natürlicher Ressourcen und sogar Lebensmittelknappheit auf lokaler, nationaler und globaler Ebene stärker konfrontiert werden. Laut dem OECD-Lernkompass 2030 habe Bildung die Aufgabe, die künstliche Intelligenz (KI) mit den kognitiven, sozialen und emotionalen Fähigkeiten und Werten der Menschen zu verknüpfen und sie so nutzbar zu machen. Die OECD beschreibt hierzu vier Kernkompetenzen: kritisches Denken, Kommunikation, Kollaboration und Kreativität. Diese Kompetenzen befähigten gemäss OECD junge Leute, den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt mitzugestalten und davon zu profitieren. Somit sollte der Fokus des Projektes auf diesen Persönlichkeitskompetenzen liegen. Dagegen tönt einiges eher nach Agenda 2030, dort wird nämlich gefordert, die Bildung für nachhaltige Entwicklung und Weltbürgertum zu fördern. Auch die Ziele des Projektes «Schulen für alle» hinterlassen Fragen. So soll das Lernen als persönlicher Bildungsprozess gestaltet, also das selbst gesteuerte digitale Lernen gefördert werden. Gleichzeitig fordert ein Projektbaustein Lernen im sozialen Kontext oder, mit anderen Worten, das altbewährte interaktive Lernen im Klassenverband. Unklar bleibt auch Punkt 5

des Projektes. Dort heisst es, Bildung im Sozialraum vernetzen, Tagesstrukturen mit unterschiedlichen Angeboten und ganzjährige Betreuung vernetzen sowie schulische Bildungsangebote mit ausserschulischen Lernorten vernetzen und Kooperationen mit Partnern aus räumlichen Umgebungen aufbauen. Also welchen ausserschulischen Partnern will der Regierungsrat unsere Kinder anvertrauen? Und wie will der Regierungsrat die fachliche und pädagogische Qualifikation solcher Partner sicherstellen? Wir werden das Projekt weiter beobachten und gegebenenfalls halt wieder nachfragen.

Gerda Jung: Die Antwort des Regierungsrates ist sehr ausführlich. «Schulen für alle» versucht die jetzigen und künftigen Herausforderungen im Schulalltag fundamental und tragend anzugehen. «Schulen für alle» ist eine breite Einbettung aller Akteure der Gesellschaft. Die breite der Entwicklungsschwerpunkte zeigt, dass dabei nicht nur isoliert auf den Unterricht im Klassenzimmer geachtet wird, sondern ein fundiertes Gesamtsystem bearbeitet werden soll, bei dem auch Akteure ausserhalb der Schule einbezogen werden können. In der Antwort des Regierungsrates wird auch aufgezeigt, dass die Erarbeitung der Themen interdisziplinär erfolgen kann, zum Beispiel mit der Bildungskommission. Es ist nicht der Kanton, der alles von oben vorgibt, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Die Erarbeitung wie auch die Umsetzung muss gemeinsam mit der Basis der Schulörtlichkeit geschehen. Da «Schulen für alle» viel breiter und nicht nur punktuell eingesetzt wird, ist die Weiterentwicklung an den einzelnen Schulen bedarfsgerecht geschehen. «Schulen für alle» ist keine Reform, sondern es sollen Tools erstellt werden, welche die Schulen und Lehrpersonen in ihrer tagtäglichen Arbeit unterstützen und um die sich laufend verändernden Herausforderungen besser bewältigen zu können. Die Lehrpersonen sind dabei keine Einzelkämpfer, sondern arbeiten gemeinsam im Netz für eine gute Bildung und Zukunft der Kinder und Jugendlichen.

Ronny Beck: Die Antwort des Regierungsrates ist umfangreich und komplett. Die FDP-Fraktion erwartet aber trotzdem, dass sich die Schulentwicklung auf konkrete Resultate im Unterricht konzentriert. Wir wollen keine neue Reformwelle, die Zeit und Energie bindet, sondern eine pragmatische und zeitgemässe Weiterentwicklung. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass man sich auf die Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen konzentriert. Ziel muss eine leistungsfähige, offene und faire Volksschule sein, welche die Kinder auf die Zukunft vorbereitet. «Schulen für alle» soll die Schulen und nicht die Verwaltung stärken. Das ist der liberale Anspruch, an dem wir das Projekt schlussendlich messen.

Eva Lichtsteiner: Die Schule ist ein Abbild der Gesellschaft. Genau wie sich die Gesellschaft in einem stetigen Wandel befindet, tut das auch der Raum Schule. Das Projekt «Schulen für alle» ist der konkrete Beweis, denn mit ihm soll unter anderem die Weiterentwicklung der Schulqualität in Angriff genommen werden. Dabei geniessen die Schulen bei der Umsetzung eine bestimmte Freiheit, welche Bausteine sie realisieren wollen. «Schulen für alle» ist eine Art Werkzeugkasten, aus dem man das passende Material je nach Bedarf holen kann. Urs Christian Schumacher stellt in seinem Vorstoss viele allgemeine Fragen zum Projekt, die von der Regierung nachvollziehbar und ausführlich beantwortet wurden, was die Grüne Fraktion zur Kenntnis nimmt. Ich gehe auf zwei Aspekte ein. Erstens: Eine Frage bezieht sich auf die Bedenken, dass die grundlegenden Bildungsziele wie Lesen, Schreiben und Rechnen wegen experimentellen Reformen zu kurz kommen. Wir sind sicher, dass sich «Schulen für alle» mit diesen Grundkompetenzen kombinieren lässt, möchten aber dennoch betonen, wie wichtig es ist, diese explizit im Auge zu behalten, etwa bei der Evaluation. Viele Lehrpersonen äussern sich dahingehend, dass im Unterricht zu wenig Zeit bleibt, um an den basalen Zielen zu arbeiten. Gerade die Lesekompetenz beschäftigt die Lehrkräfte oft bis in die Sekundarschule

stark. Das soll keine Schwarzmalerei sein, aber die Schulen benötigen genügend Raum und Zeit, um sich diesen Grundkompetenzen widmen zu können. Das ist bei neueren, grösseren Schulprojekten zu berücksichtigen. Zweitens: In der Antwort der Regierung heisst es unter anderem: «Lehrpersonen sowie Schulleitende haben keinen zusätzlichen Aufwand.» Das ist in unseren Augen etwas zu vereinfacht. Auch wenn neue Unterrichtsbausteine zur Verfügung gestellt werden, werden diese nicht einfach blind, ad hoc oder ganz spontan eingebaut. Lehrpersonen und Schulleitungen müssen sich mit neuen Inhalten auseinandersetzen, diese in den bestehenden Unterricht integrieren, anpassen und seriös vorbereiten. Das ist keine Arbeit, die sich von selbst macht. Es scheint uns gerade hinsichtlich der Attraktivität des Lehrpersonenberufs wichtig zu sein, darauf aufmerksam zu machen. Wie in so vielen Bereichen des Lebens steht und fällt eine Projektidee schlussendlich mit den Personen, die sie konkret vor Ort umsetzen müssen. Man hört ab und zu von Schul- und Lehrpersonen, dass gerade bei dieser Zusammenarbeit beim Projekt «Schulen für alle» noch etwas Luft nach oben besteht. Das soll keine Pauschalkritik sein, aber wir möchten zum Schluss folgendes betonen: Damit die Schulen wachsen können, braucht es engagierte Lehrkräfte und Schulleitende, die ins Boot geholt werden müssen und sich nur so für das Wohl der Schülerinnen und Schüler einsetzen können. Also nicht nur «Schulen für alle», sondern auch «Schulen mit allen».

Urban Sager: Das Projekt «Schulen für alle» wird im Kanton Luzern von 2023–2035 umgesetzt. Das Projekt hat sich vor allem aus dem Planungsbericht über die weitere Entwicklung der Volksschule, der Gymnasien und der Berufsbildung im Kanton Luzern (B 127) ergeben. Über diesen Planungsbericht haben unser Rat und vorgängig auch die Kommission eingehend diskutiert. Das Projekt ist in Zusammenarbeit des BKD mit vielen Akteurinnen Akteuren entstanden. Dabei wird die Schule als Projekt verstanden, das sich in einem stetigen Wandel befindet, weil sich auch die Gesellschaft in einem stetigen Wandel befindet. Das ist eine Herausforderung für die Institution Schule, für die Lehrpersonen und die Schülerinnen und Schüler, der wir begegnen müssen. Eine Frage lautet, wer Urheber und Planer hinter diesem Projekt ist. Diesbezüglich kann der Anfragende beruhigt werden, das sind sehr viele Akteurinnen und Akteure, nicht zuletzt auch unser Rat und die Kommissionen. Es gibt also keinen ominösen Planer oder Urheber. Andere Fragen wiederum muten ganz profan an, etwa, ob neue Fächer eingeführt werden sollen. Hier würde ich mir eine direkte Frage an den Bildungs- und Kulturdirektor wünschen, dann würde die Antwort auch nicht einfach lauten, dass keine neuen Fächer eingeführt werden. Das war im Rahmen dieses Projektes auch nie vorgesehen. Entsprechend erscheint es uns etwas unklar, was mit dieser Anfrage eigentlich genau bezweckt wird, ausser einer generellen Kritik an den entsprechenden Anpassungen der Schule an den gesellschaftlichen Wandel. Eine Dringlichkeit, die sich ergibt und von der wir alle der Meinung sind, dass sie nötig ist. Selbstverständlich müssen diese Anpassungen demokratisch ausgehandelt werden. Dafür haben wir das Instrument des Planungsberichtes und ein Projekt, das zwölf Jahre dauert. Es sind alle eingeladen, die nötigen Anpassungen vorzunehmen oder – und das ist eine Bitte an den Anfragenden – mit konkreten Vorstössen konkrete Veränderungen zu fordern. Auf diese Weise können wir konkret und nicht einfach im luftleeren Raum darüber diskutieren.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Wir sind uns hier, glaube ich, weitgehend einig. Grundsätzlich ist es legitim, diese Fragen zu stellen, da immer wieder von einer Reformwelle gesprochen wird. Sie erinnern sich vielleicht an die letzten beiden Schulentwicklungsprojekte des Kantons, zum einen an das Projekt «Schulen mit Profil», das in den 1990er-Jahren umgesetzt wurde und zum anderen das Projekt «Schulen mit Zukunft ab 2005». Nun, 20 Jahre später, folgt mit

«Schulen für alle» das nächste Entwicklungsprojekt. Man kann also nicht von einer Reformwelle sprechen, aber es liegt in der Natur der Sache, dass es bei der Bildung, gerade in der Volksschule, gewisse Jahre dauert, bis Reformen an der Basis ankommen. Die Anfrage beziehungsweise die Antwort dient eigentlich dem Ziel zu beruhigen. Es wurde viel über Kompetenzen gesprochen, aber wir machen hier nicht einen neuen Lehrplan, der Lehrplan steht, Sie können beruhigt sein. Wir erarbeiten auch keine neuen Lehrmittel. Was wir beabsichtigen, das steht im Planungsbericht und ist auch demokratisch legitimiert. Dort steht auch, wie das Projekt in die Kantonsstrategie eingebettet ist. Die Kantonsstrategie, die natürlich die ganze Breite unseres politischen Denkens und unserer politischen Aktivitäten abdeckt und im Bildungsbereich wird es konkretisiert. Urs Christian Schumacher, die ausserschulischen Partner haben eine lange Geschichte, die gab es immer wieder. Jetzt geht es darum, dass wir uns mit ihnen vernetzen: mit Gemeinden, Eltern, Erziehungsberechtigten, Museen, Stiftungen und, und, und. Das ist nichts Neues, natürlich gibt es da gewisse Umgewichtungen, es sind nicht mehr alle gleich relevant wie früher. Es war aber immer so, dass wir mit diesen zusammengearbeitet haben. Ronny Beck, ja, wir wollen die Ergebnisse messen, am Schluss ist relevant, was an der Basis ankommt, das hat auch Eva Lichtsteiner gesagt. Wir werden evaluieren, und wir wollen genau hinsehen. Wir haben auch ein gemeinsames Verständnis bezüglich der Grundkompetenzen, die sind wichtig und sollen in unserer politischen Tätigkeit einen Schwerpunkt erhalten. Eva Lichtsteiner hat den zusätzlichen Aufwand angesprochen. Dieses Projekt entwickelt anders als die bisherigen Projekte umfassende Unterlagen. Wir wollen das Schulfeld entlasten und die Lehrpersonen sollen mit Unterlagen unterstützt werden. Sie entscheiden aber selbst, ob und wie sie diese Unterlagen einsetzen wollen. Gerade mein Vorgänger hat immer wieder argumentiert, dass die Lehrpersonen mit leeren Händen dastehen würden, wenn sie von der Pädagogischen Hochschule kommen. Wir müssen die Lehrpersonen unterstützen, damit die Unterlagen vorliegen und sie diese im Unterricht entsprechend verwenden können, sofern sie dies wollen. Das ist eines der Ziele, die wir mit diesen Unterlagen verfolgen. Wir haben engagierte Lehrkräfte und die Lehrkräfte sind wichtig. Es steht und fällt immer mit gut ausgebildeten, motivierten, leidenschaftlichen Lehrpersonen. Diesbezüglich sind wir gut unterwegs und wir wollen diese Lehrpersonen auch entsprechend unterstützen und motivieren. Ja, «Schulen für alle» ist demokratisch legitimiert, wir haben klare Aufgaben, wie auch von Urban Sager erklärt. Wir haben einen klaren Auftraggeber, da gibt es keine versteckten Agenden oder Organisationen, die dahinterstehen, es ist stets transparent. Auch die Erarbeitung erfolgt partizipativ, da kann man mitmachen, und es wird auch mitgemacht. Aber was ich Ihnen heute sagen will, und das ist mir das Wichtigste: Ja, es gibt wesentliche Gruppen, die sagen, dass «Schulen für alle» stark belastet und wir etwas justieren müssten. Wir müssen besser kommunizieren, welche Bausteine obligatorisch und welche freiwillig sind, und wir müssen bei den obligatorischen einen Gang herunterschalten. Wir müssen etwas langsamer vorwärtsgehen, wir müssen gewisse Bausteine zurückstellen. Damit kommen wir auch dem Wunsch der Verwaltung, dem Wunsch der Schulen, dem Wunsch der Erziehungsberechtigten und dem Wunsch der Lernenden nach. Wir werden Sie in der nächsten Zeit darüber informieren, wie das vorstangehen soll, aber insgesamt glauben wir, damit einem allgemeinen Bedürfnis entsprechen zu können. Ich bedanke mich herzlich für diese Diskussion und freue mich, wenn Sie hinter diesem wichtigen Prozess stehen und sich partizipativ eingeben.